



FOTOS: M. HORÁEK / BILDBERG

Historischer Rudolstädter Ortskern, Umbenennungsgegner im Stadtteil Schwarz: „Wir können unsere Geschichte doch nicht einfach so

OSTALGIE

# Das Blech von Rudolstadt

„Mörder und Verbrecher“ oder ehrenwerte Männer? In einer thüringischen Kleinstadt streiten sich die Bürger um Straßennamen und Denkmäler aus der alten DDR – ein erbitterter Kampf Ost gegen Ost. *Von Bruno Schrep*

**K**ennen Sie eigentlich die Geschichte von der Um-um-um-Umbenennung unseres Bahnhofsplatzes?“ fragt der alte Mann aus Rudolstadt. „Nein? Dann passen Sie mal auf.“

„Ganz früher“, erzählt er, „hieß der Platz vor dem Bahnhof natürlich Bahnhofsplatz. Als dann 1933 die Nazis an die Macht kamen, taufte sie ihn sofort in Adolf-Hitler-Platz um. Die Leute hier sagten zwar weiter Bahnhofsplatz, logisch. Aber nur, wenn kein Parteibonze in der Nähe war.“

„Nach dem Krieg, als alles in Scherben gefallen war, kamen die Kommunisten mit der Umbenennung dran. Aus dem Adolf-Hitler-Platz wurde der Platz der Opfer des Faschismus. Ein richtiger Zungenbrecher, wie? Uns Einheimischen war es egal, wir sagten sowieso weiter Bahnhofsplatz. Aber nur, wenn kein Parteifunktionär in der Nähe war.“

„Nach der Wende, als wieder mal eine neue Zeit angebrochen war, beschlossen unsere jetzt demokratisch gewählten Stadträte, den Bahnhofsplatz wieder Bahnhofsplatz zu nennen. So hieß er, glaube ich, vier oder fünf Monate. Dann marschier-

ten fast 2000 Neonazis durch die Stadt, ohne Genehmigung, aber mit Fahnen und Trommeln und Knüppeln. Darüber waren viele Bürger und unsere Stadträte so erschrocken, daß der Platz wieder in Platz der Opfer des Faschismus zurückbenannt wurde. Und so“, schließt der alte Mann, „heißt er heute noch.“

Im thüringischen Rudolstadt findet solche Geschichten kaum jemand komisch. In dem alten Residenzstädtchen mit knapp 30 000 Einwohnern, in dem einst Goethe das Theater leitete, Schiller den Stoff für sein Lied von der Glocke fand und Richard Wagner das Orchester dirigierte, wird Historie derzeit nicht gelassen diskutiert.

Über die Frage, wie Straßen und Plätze zu heißen haben, ob Denkmäler geschliffen werden sollen oder nicht, ist zwischen den Bürgern ein bitterer Streit entbrannt: Nachbarn, die sich jahrelang freundlich grüßten, gucken weg und wechseln die Straßenseite, wenn der andere auftaucht. Ehemalige Kollegen schreiben sich beleidigende Briefe. Manch einer erhält am Telefon anonyme Morddrohungen.

Es geht, wieder einmal, um deutsche Vergangenheit. Diesmal um jene, die erst vor neun Jahren endete.

„Wozu brauchen wir eine Wilhelm-Pieck-Straße, was soll eine Otto-Grotewohl-Straße?“ erzürnt sich der Frührentner Rolf Küpper. Während er aufgeregt in alten Unterlagen wühlt, vergilbte Schriftstücke hervorholt, schimpft er leise vor sich hin: „Lumpenpack“, „rotes Gesindel“, „Stalinisten“.

Küpper, der keiner Partei angehört, aber für die CDU im Stadtrat sitzt, leidet unter einem Trauma. Der 57jährige kann nicht vergessen, was ihm als 17jährigem Lehrling widerfahren ist: Er wurde von der Staatssicherheit verhaftet, eingesperrt, mißhandelt, später zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Vergehen: Auf zwei Flugblättern, die er an eine Schule klebte, hatte er zum Gedenken an die toten Aufständischen des 17. Juni 1953 aufgerufen.

Bis 1989 legte die Staatssicherheit zehn Aktenordner über Küpper an. Der frühere Versicherungskaufmann fühlt sich bis heute beobachtet: Saß in dem Auto, das eben so langsam vorbeifuhr, nicht ein alter Stasi-Mann? Wer fotografiert dahinten?

# Grotewohl-Straße



wegschmeißen“

Weil er seinen früheren Verfolgern nichts anhaben kann, kämpft Küpper statt dessen gegen die alten Symbole. „Weg damit“, fordert er in Petitionen, auf Flugblättern, in Leserbriefen. „Weg damit“, predigt er vor Schülern, in deren Klassen er über seine Verfolgung berichtet. „40 Jahre Mord, Terror und Demütigung sind es nicht wert, auf Schildern verewigt zu werden.“

Küppers Feldzug spaltet die Stadt. Daß er und Gleichgesinnte alle Repräsentanten

der DDR öffentlich als „Mörder und Verbrecher“ bezeichnen, reizt in Rudolstadt viele zum Widerspruch.

Mit Küpper kämpfen ehemalige Widerständler, frühere Bürgerrechtler, ein paar alte Sozis, viele alte und junge Christdemokraten. Gegen ihn stehen jene, die sich gut aufgehoben fühlten oder sich irgendwie arrangierten in der alten Zeit. Es ist ein Kampf Ost gegen Ost.

In der Grotewohl- und in der Pieck-Straße im Stadtteil Schwarzta leben viele verbitterte Leute. „Was will man uns denn noch wegnehmen?“ fragt Regina Mahrenholz, 51, aus der Grotewohl-Straße 36. „Erst den Staat, dann die Arbeit – jetzt auch noch den Straßennamen.“

Seit der Wende hatten die Frau und ihr Ehemann Wolfgang, 57, wenig Erfolgserlebnisse. Sie, gelernte Textilfacharbeiterin, wurde 1992 arbeitslos, als die Faserfabrik pleite ging. Er, Versicherungsvertreter, verlor ein Jahr später seinen Job, weil die Agentur Jüngere einstellte. Seitdem hangeln sich beide von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, zupfen Unkraut, fegen Laub oder schippen Kies.

Das Geld für die Dachsanierung fehlt, auch die dringend notwendige neue Heizung können sich die Eheleute nicht leisten – ähnlich klamm sind noch mehr, die in kleinen Einfamilienhäusern in der Grotewohl- und der Pieck-Straße wohnen. Fast alle Bewohner leben hier schon seit Jahrzehnten, einige sind in den vor dem Krieg gebauten Häusern geboren. Viele haben ihre Arbeit verloren. Den wenigsten hat die neue Zeit Segen gebracht. Manche trauern der Vergangenheit nach.

„Ich habe unwahrscheinlich viel Schönes erlebt“, schwärmt Hubertus Linke, 66, über seine Zeit beim Jugendchor der FDJ. Jeden Samstag sei der Chor auf die Dörfer gefahren, um Kultur in die entfernteste Provinz zu bringen. „Wir hatten Ziele, hehr und sauber.“

Das Leben verlief sicher wie auf Schienen. Im Chemiewerk nebenan, inzwischen geschlossen, brachte es Linke bis zum Konstruktionsleiter, in der SED bis zum Parteisekretär. Auch vielen seiner Nachbarn in der Pieck-Straße, sagt er, sei es damals bessergegangen. „Der einzelne war noch was wert.“

Und Genosse Pieck? „Ein rechtschaffener Mann“. Daß er 1946 mit dem ostdeutschen SPD-Chef Grotewohl den Zusammenschluß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten besiegelt habe, sei nur logisch gewesen: „Wir wollten doch eine gemeinsame Arbeiterklasse.“ Wieso sowjetischer Zwang? „In Rudolstadt waren alle dafür.“

Der erste Präsident der DDR, der schon 1960 starb, ist auch anderen Bewohnern der Pieck-Straße als kluger Staatsmann in Erinnerung. Die meisten verbinden mit dem weißhaarigen, gütig aussehenden Politiker, den Historiker als Stalinisten einstufen, traute Kindheits Erinnerungen. „Der war wie ein lieber alter Großpapa.“ „Als der zu Besuch kam, hatten wir schulfrei.“ „Das war noch ein Kopf, da konnte man hochgucken.“

Fast alle Anwohner stimmten bei einer Umfrage gegen die Umbenennung von Pieck- und Grotewohl-Straße. Einige schrieben Kommentare an den Rand des Fragebogens: „Otto Grotewohl war nicht der Schlechteste.“ „Das ist ein Stück unserer Geschichte.“ „Hat die Stadt zuviel Geld?“

Gegen die Initiatoren der Änderungsdebatte richten sich Zorn und Ablehnung. „Sogenannte Widerstandskämpfer“, höhnt ein erboster Anlieger. „Lauter Wichtigtuer“, schimpft Elektroingenieur Georg Wiesel, „die damals nichts waren und heute nichts sind.“ Seinem Nachbarn Gottfried Mihm, einem Dachdecker im Ruhestand, rutscht in der Wut noch Ärgeres heraus: „Wer in der DDR eingesperrt war, hatte auch was Richtiges ausgefressen.“

Die vier Männer, die anklagend vor dem alten DDR-Denkmal am Theater stehen, waren nach dieser Logik Verbrecher. Sie saßen alle im Zuchthaus. Die Delikte, derenwegen sie als junge Leute verurteilt wurden, sind längst abgeschafft: Bildung einer illegalen Widerstandsgruppe. Staatsgefährdende Propaganda in besonders schwerem Fall. Verbindungsaufnahme zu einer verbrecherischen Organisation und Boykotttätigkeit.

Rudolf Drescher und Ernst Diettrich, beide 66, empörten sich als junge Volkspolizisten gegen die Umsiedlung von Grenzbewohnern, sprachen von „Schwei-



Genossen Pieck, Grotewohl (1946)  
Zusammenschluß besiegelt

ULSTEIN BILDERDIENST

nerer". Urteil: jeweils zwei Jahre. Manfred Wagner, 64, rebellierte in den fünfziger Jahren gegen parteipolitische Gedankenkontrolle an den Universitäten, suchte Kontakte zu oppositionellen Studenten. Urteil: dreieinhalb Jahre. Rainer Jahn, 53, schrieb an die BBC, schimpfte bei Kollegen über den Staat. Urteil: dreieinhalb Jahre.

Die Beseitigung des DDR-Denkmal fordern die ehemaligen Häftlinge schon lange. Die drei Reliefs aus Beton und Metall, die Pieck, Grotewohl und die Befreiung eines KZ-Häftlings durch die Russen zeigen, erinnern sie an ihre schlimmste Zeit. „Wenn ich vorbeikomme, denke ich an Schläge im Gefängnis, an nächtliche Vernehmungen im Stasi-Keller“, sagt Ernst Diettrich, wie die anderen Mitglied beim „Bund der Stalinistisch Verfolgten“.

„Wir können unsere Geschichte doch nicht einfach wegschmeißen“, sagt er, einerseits. Andererseits: „Ich verstehe Leute, die aufgrund ihres Schicksals für andere Namen und für Abrisse sind.“ Schließlich, ganz formalistisch: „Ein offizieller Änderungsantrag liegt mir nicht vor.“

Der Rathauschef, der als gläubiger Christ nie SED-Mitglied war, guckt neidisch nach anderen Städten. Gibt es nicht auch in Eisenach eine Pieck-Straße, ohne daß sich jemand darum schert? In Frankfurt (Oder) eine Marx-Straße, im fernen Hamburg einen Ernst-Thälmann-Platz? Außerdem: „Wir waren ja nicht untätig.“

Mit gequältem Gesicht kramt der Bürgermeister einen Beschluß von 1991 hervor, deutet auf eine lange Liste: „Hier, hier und hier.“ 18 Namen wurden damals geändert, in der historischen Altstadt blieb vom So-

Alte Widerstandskämpfer behaupten dagegen, Langebach habe 1949 seinen Amtsvorgänger, den Sozialdemokraten Gustav Hartmann, an den russischen Geheimdienst verraten. Die beiden Genossen seien über die politische Entwicklung im Osten Deutschlands tief zerstritten gewesen. Beweise für den Verrat gibt es nicht.

Fest steht nur: Hartmann, seit Mai 1947 Bürgermeister von Rudolstadt, wurde im Februar 1949 von den Sowjets verhaftet. Er hatte gegen den Zusammenschluß von SPD und KPD opponiert, war heimlich der West-Berliner SPD beigetreten – ein Affront, der mit 25 Jahren Zwangsarbeit bestraft wurde. Hartmann starb 1950, wenige Monate nach seiner Verurteilung, an Lungentuberkulose in Bautzen. Er wurde 34 Jahre alt.

Die Demonstranten, die 48 Jahre später vor den heruntergekommenen Plattenbauten der Karl-Langebach-Straße protestieren, wollen an Hartmanns frühen Tod erinnern. Sie haben eine Leiter mitgebracht, überkleben das offizielle Straßenschild mit selbstgefertigtem Ersatz, auf dem „Gustav-Hartmann-Straße“ steht. Ihre Botschaft: Sozialdemokrat Hartmann, nicht Kommunist Langebach, hat einen Straßennamen verdient.

Hartmanns betagte Witwe ist bei der Aktion dabei, junge Leute verteilen Flugblätter: „Straßenschilder sind kein bedeutungsloses Blech.“ Die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, die zu DDR-Zeiten von ihrem Ehemann bespitzelt wurde, jetzt für die CDU im Bundestag sitzt, ist eigens aus Berlin angereist. Das Echo ist geteilt.

Viele Einheimische wollen sich nicht belehren lassen, schon gar nicht von

einer Ortsfremden wie Vera Lengsfeld. „Was weiß die denn von Rudolstadt?“ „Wie kommt die dazu, unseren alten Langebach als Schreibtischtäter zu verunglimpfen?“

Die Angriffe gegen den früheren Bürgermeister haben den Zoff um Straßen und Plätze neu entfacht. Längst wird auch versucht, damit parteipolitische Punkte zu sammeln.

Vorläufiger Höhepunkt: Die Junge Union hat vorgeschlagen, die Wilhelm-Pieck-Straße in Marlene-Dietrich-Straße umzubenennen. Die Künstlerin sei, heißt es in der Begründung unter anderem, während ihres Musikstudiums in Weimar einige Male in Rudolstadt gewesen.

Auch über diese Geschichte kann in Rudolstadt kaum jemand lachen. ◆



Ex-Bürgerrechtlerin Lengsfeld (r.) bei Umbenennungsaktion\*: *Geteiltes Echo*

Weil das Denkmal noch neun Jahre nach der Wende steht, glauben die alten Widerständler nicht mehr an städtische Geldknappheit oder Behördenschlamperei. Ihr Verdacht: Alte Kader verhindern den Abriss. Das standfeste Denkmal, inzwischen von Gestrüpp fast überwuchert, symbolisiert für sie die Rückkehr in die Vergangenheit.

„Überall sitzen doch wieder Genossen“, klagt Ex-Häftling Diettrich, „in den Vereinen, auf den Ämtern, sogar im Seniorenrat. Kein Wunder, daß sich nichts ändert.“

Im restaurierten Rathaus sitzt Bürgermeister Franz: ratlos. Der Mann von der Freien Wählergemeinschaft, die 11 der 34 Stadträte stellt, will im Jahr 2000 wiedergewählt werden, möchte es mit keinem der Kontrahenten verderben. Aber wie?

zialismus keine Spur. Clara Zetkin verlor ihre Straße, Karl Marx seinen Platz, die Komsomolzen der untergegangenen Sowjetunion ihre Allee.

Die Karl-Langebach-Straße blieb – und mit ihr die Frage, ob der frühere SED-Bürgermeister Karl Langebach, der von 1957 bis 1969 die Stadt regierte, ein anständiger Kerl war oder nicht.

Viele Rudolstädter loben den 1980 verstorbenen Langebach noch heute als fähigen Mann. Ritzerot zwar, klar, und linientreu auch. Aber kein Sprücheklopfer, sondern ein fleißiger Arbeiter, der tüchtig beim Wiederaufbau mitgeholfen habe, dazu aufrecht und offen.

\* Mit Georg von Witzleben von der Jungen Union und dem CDU-Landtagsabgeordneten Gert Wunderlich.